

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabend. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 60 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Angabe des Arbeitsverhältnisses und Zustellen-Anfragen bis 4 geteilte Betriebszweige 6,00 M. Geschäftsanteile werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlagsnummer: Nr. 258 15, Postfachamt Hannover.

Verlag von H. Grell.

Druck von S. H. J. Reiter & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 8 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Kollwitz 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Die Arbeiter, die Arbeiter!

Alles, was von anderer Hände Arbeit ein bequemeres Leben zu führen gewohnt ist, schreit heute wieder mit in dem Chor, „die Arbeiter sind schuld an unserem Elend“. Und weshalb sind sie schuld? Weil sie bei steigenden Preisen höhere Löhne verlangen, weil sie sich Lohnabzüge nicht gefallen lassen wollen, weil sie nicht täglich 12 und 14 Stunden arbeiten usw. Wenn die Arbeiter an allem Ungemach schuld sein sollen, dann müssen sie eine ganz hervorragende Rolle spielen in unserem Staats- und Wirtschaftsleben. Das ist auch der Fall, und das Geschrei aller Arbeiterfeinde bestätigt es. Nur ist dort der Wunsch reg, die Arbeiterschaft möchte wieder zum frommen Dulder werden, wie sie es früher war, zum Padesel, der ohne Murren schwere Lasten trägt, wofür er knapps Futter und für das fehlende Schläge erhält. Die Arbeiterfeinde sind daran, sich wieder zu sammeln, um der Arbeiterschaft, dem wichtigsten Faktor im Wirtschaftsleben, die wenigen Mitbestimmungsrechte wieder zu nehmen, wenn nicht auf geradem Wege, dann auf krummen.

Der gegen den Willen der Arbeiterschaft und im Interesse bestimmter Gesellschaftsschichten geführte Weltkrieg hat uns das Elend gebracht, in dem wir uns heute befinden. Um aus diesem Elend herauszukommen, empfehlen jene Leute als Heilmittel mehr Arbeit, weniger Lohn. So schlaue war man schon vor 80 Jahren. Als nämlich im Jahre 1874 der große Krach dem Gründerboom folgte, sagte der preussische Finanzminister Otto Camphausen, das einzige Heilmittel der Krise sei eine Herabsetzung der Löhne. Dieses Mittel wollen viele Unternehmer auch heute wieder anwenden, die einen direkt, die anderen indirekt. Eine indirekte Lohnherabsetzung ist es nämlich, wenn bei steigenden Preisen Unternehmer sich für die weigern, Lohnzulagen zu gewähren. Das ist doch dasselbe, als wenn ein Fabrikbesitzer seinem Pferd das Futter vorenthält. Die Leistungen des Pferdes müssen natürlich niedrigeren nachgehen, und nun schimpft der Fabrikbesitzer über die Faulheit des Pferdes. Ähnlich verhält es sich auch vor einiger Zeit bei der fälschlich demagogischen Minister Gotthein. Im „Berliner Tageblatt“ hat er keine Kleinigkeiten Anwürfe gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Er stellt Solange auch der Faulste mit einem ausreichenden Lohn durchgeschleppt wird, fehlt der Anreiz, sich anzustrengen. Gotthein meint nicht etwa gedorene oder durch Schwindel emporgestommene Aktionäre, sondern wirkliche Arbeiter. Weinstreiper hat Gotthein gesehen, die von Arbeitern gefüllt waren. Hoffentlich ist Gotthein in dieser Weinstreiper nicht einer Halluzination zum Opfer gefallen. Nebenbei kommt er über die Nullage der armen Aktionäre. Gotthein wendet dann eine sonderbare Art an, um die bescheidenen Gewinne mancher Unternehmer zu demonstrieren. Er schreibt:

„Im Jahre 1920 machten die von einigen Hundert der größten deutschen Industrieunternehmen verteilten Gewinne 4 Prozent der gezahlten Löhne, Gehälter und Versicherungsbeiträge aus.“

Damit ist doch gar nicht das bewiesen, worauf es ankommt, nämlich auf den starken Unterschied in dem Einkommen der Arbeiter und der Unternehmer. Die 4 Prozent, von denen Gotthein redet, können 5, aber auch 200 Prozent des Aktienkapitals sein. Für das Einkommen des einzelnen Aktionärs ist dann wiederum maßgebend die Zahl der Aktionäre. Würden für Löhne, Gehälter und Versicherungsbeiträge 1 Million Mark ausgegeben, so entfallen auf die Unternehmer — nach dem Beispiel Gotthein — 40 000 Mark; beträgt der zuerst genannte Ausgabeposten aber 100 Millionen Mark, dann erhalten die Aktionäre 4 Millionen Mark. So darf man also jedenfalls nicht operieren, wie Gotthein es tut. Sein Parteifreund, der oldenburgische Ministerpräsident Tanzen, packt die Sache offener an. Auf dem Parteitag der Deutschdemokraten in Elberfeld sprach Tanzen am 9. Oktober unter anderem aus:

„Die Kräfte, die die deutsche Wirtschaft gesundem lassen können, brauchen zu ihrer Entwicklung und Entfaltung Zeit. Die Maschine muß bestanden und ihre Leistungen entwickelt werden. Jeder Demokrat muß den guten Sinn des Achtstundentages anerkennen, in dem jeder sein möglichstes hergeben muß. Eine zehn- oder zwölfstündige Arbeitszeit muß überall den schärfsten Widerspruch auslösen. Man soll nur den Arbeitsmann für seine Freiheit erziehen, damit er Werke für sein Volk schafft. Es ginge nicht an, daß man die Bilanz in Gold aufstelle und dem Staat seine Steuern in Papiermark zahle.“

Das klingt allerdings wesentlich anders. Tanzen sucht das Darmittel, das an allem schuld ist, anderswo als unter der Arbeiterschaft.

Aus den Kennerkreisen Weltheins ist zu ersehen, daß das Geschrei der Unternehmer, deren Presse, allen voran die „Deutsche Arbeiterzeitung“, das Geschrei der Reaktionsäre überhaupt über die Faulheit und Begehrlichkeit, über die Schlemmerei und Trägheit der Arbeiterschaft schon große Verheerungen angerichtet hat. Der Zweck der Werbung ist, den Blick der Bevölkerung abzuwenden von der unerhörten Preisdiktatur der Schwerindustrie, von dem Wucher der Kartelle, der Syndikate, von der Kapital- und Steuerflucht der Besitzenden usw. Wenn jede Gesellschaftsschicht in Deutschland seit Kriegsende so ihre Pflichten gegen Volk

und Vaterland erfüllt hätte, wie die Arbeiterschaft, dann stünde es vermutlich heute nicht so traurig um die deutsche Republik. Diese fortgesetzte Hege gegen die Arbeiterschaft hat ganz materielle Ziele: Erhöhte Ausbeutung. Alles, was produziert, machtet und schiebt, will sich auf Kosten der arbeitenden und darben den Bevölkerung bereichern, ältigen. Die geschlossene Front aller Interessen auf wirtschaftlichem Gebiete gegen die Arbeiterschaft zeigt auch bereits ihre politischen Konsequenzen: Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, Bund für Freiheit und Ordnung als Streikbrecherorganisation und Faschismus. Das sind die Sammelstellen zum Kampfe gegen die Arbeiterschaft mit allen Mitteln. Diesen reaktionären Bestrebungen arbeiten zu allem Ueberflusse die Kommunisten in die Hände, indem sie die Einigkeit der Arbeiter untergraben, jeden Tag neue Parolen und Bewegungen inszenieren, die einseitige geschlossene Organisation der Arbeiter zerstören, die eigentliche Arbeiterbewegung und deren Führer tagtäglich mit Mühsal voll Schmutz bewerfen (man sehe nur eine Nummer der „Roten Fahne“) und die Arbeiter durch fortgesetzte wilde Streiks zu Tode hegen oder in die gelben Weltvereine hineintreiben.

So verlangt also die ganze honette Geldmachersgesellschaft, die Arbeiterschaft allein soll Padesel sein, sie soll hungern zum Heile und für die Befundung des Vaterlandes, derweil sie weiter schleimmt und ausbeutet, Sikuren hinterzieht und Gewinne im Ausland anlegt. Diese Herrschaften haben noch nie Opfer gebracht und wollen es auch in Zukunft nicht. Sie wollen auch fernweh ihre Gewinne, ihren Bonus und ihre Gratifikationen einheben, nur die Arbeiter sollen die Ehre haben, das Vaterland zu retten, was ihnen aber von dem Wucherergeld am Volkstempel unmöglich gemacht wird.

Wäre die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit politisch auf der Höhe der Situation und würden nicht noch große Massen Urteilslöser jedem gewissenlosen Schänder nachlaufen, es wäre möglich in einer ganzen Reihe von Produktionszweigen, der gemeingefährlichen Privatwirtschaft ein Ende zu machen. Freiwillig und passiv des Volksganzen verzichteten die vielen Schwarmoperanten nicht auf ihre Bereicherung. Solange diese sich aber schrankenlos anstoben laßt, ist auf eine Besserung nicht zu hoffen.

Und doch Gewerkschaftszerstörer.

Die freien Gewerkschaften haben seit ihrem Bestehen noch keinen unangenehmeren, unehrlicheren Gegner gehabt als gegenwärtig in der kommunistischen Partei. Zwar kümmern sich die Gewerkschaften im allgemeinen nicht um Angelegenheiten der politischen Parteien, also auch nicht um die kommunistischen Parteien. Aber ungeheuer kümmern sich diese Parteien, der vertriebsfähige Hundstumpf, um die Angelegenheiten der Gewerkschaften. Notgedrungen müssen sich deshalb die Gewerkschaften mit der kommunistischen Partei befassen, um die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu wahren gegen die alles zerstörende Tendenz der KPD. Daß die in den Gewerkschaften ihren politischen Unfug treibenden Kommunisten verlangen, die Gewerkschaften hätten sich der kommunistischen Partei gegenüber passiv zu verhalten, ist deshalb eine ganz naive Zumutung. Wer seit Kriegsende den Unfug der Kommunisten auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete beobachtet und weiß, welchen ungeheueren Schaden diese Partei der Arbeiterschaft schon zugefügt hat, und dennoch verlangt, man solle diese Leute einfach gewähren lassen, der muß schon geistig impotent oder mit Blindheit geschlagen sein.

Bekanntlich war die kommunistische Partei anfänglich gegen die gewerkschaftliche Betätigung überhaupt. So wurde auf der Reichskonferenz des Spartakusbundes (jetzige kommunistische Partei) im Dezember 1918 ein Antrag einer Kommission überwiesen, in dem es unter anderem hieß:

„Die Zugehörigkeit zu solchen Gewerkschaften ist . . . unvereinbar mit den Zielen und Aufgaben der kommunistischen Partei Deutschlands. Für die Führung der wirtschaftlichen Kampfe und zur Übernahme der Produktion nach dem Siege der sozialen Revolution ist vielmehr die Bildung revolutionärer, strikt begrenzter Arbeiterorganisationen (Einheitsorganisation) notwendig.“

Die Gewerkschaften von innen heraus zu reformieren, ist nach allen bisherigen Erfahrungen ein aussichtsloses Beginnen. Die Konferenz der kommunistischen Partei beschloß deshalb, den Kampf gegen die Gewerkschaften von außen aufzunehmen, und forderte die ihr angeschlossenen Organisationen auf, unverzüglich eine Austrittspropaganda aus den Gewerkschaften auf nachdrücklichste zu entfalten. Die Konferenz verpflichtete die Mitglieder der kommunistischen Partei Deutschlands, ihren Austritt sofort aus den Gewerkschaften zu vollziehen.“

Da aber die kommunistische Partei ihren „Ideen“ nicht genügend Verbreite zu traute, hat sie den Weg eingeschlagen, der von Moskau aus befohlen worden ist:

„Innerhalb der Rahmen der Gewerkschaftsverbände ist eine Propaganda für den Kommunismus zu entfalten, und in jeder Organisation sind kommunistische und revolutionäre Gruppen zur Propaganda und Durchführung unserer Programms zu gründen.“

Das Gesellendaneu fing dann an. Da auch dieses nicht schnell genug zu dem Ziele führte, welches der Bolschewismus in Rußland längst erreicht hat, nämlich Not, Elend und Rechtslosigkeit der Arbeiter, so erfolgte abermals Umstellung. Die verschiedenen „Unionen“ wurden gegründet und gefördert. Nebenbei wurde wieder geschrieben: „Einheitsfront, Einheitsfront!“ Und leider gibt es noch so viele geistig Arme, die wirklich glauben, die Kommunisten wollten die Einheitsfront und die freien Gewerkschaften wollen die Herfürung der freien Gewerkschaften. Man muß sich diesen Unfug nur vergegenwärtigen. Bei all dem Geschrei „Einheitsfront“ haben die kommunistischen Parteien neben der bestehenden Gewerkschaftsinternationale eine neue mit dem Sitz in Moskau gegründet. Die deutsche kommunistische Partei hat neben dem ADGB eine neue Zentralkommission für das Gewerkschaftswesen eingesetzt, bezugnehmend auf das Betriebsrätewesen eine besondere Zentralkommission geschaffen und neuerdings der kommunistischen Christ als Sekretär angestellt worden. Führt das zur Einheitsfront, ist das nicht Herfürung der Einheitsfront?

Um jedem zu zeigen, daß es den Kommunisten mit der Einheitsfront nicht ernst ist, hatte die Partei mit ihren Unterginstanzen einen Betriebsrätekongress zum 22. Oktober 1922 einberufen, der aber wegen mangelnder Beteiligung und wegen zu tieferlicher Vorarbeit verschoben werden mußte.

Um Raube zu fangen, haben die Kommunisten „mit List und Schlaubeit“ das Wahlsystem zu ihrem Betriebsrätekongress geändert. Punkt 2 der neuen Richtlinien für die Wahlen zum kommunistischen Reichsbetriebsrätekongress lautet nunmehr:

Wahlberechtigt ist jeder Arbeitnehmer, ganz gleich welcher Geschlechts, welcher Konfession, Gewerkschafts- oder Partei-zugehörigkeit.

Wählbar ist jeder Betriebsrat. Jedoch können in Betrieben und Örtlichkeiten, wo sich die vorhandenen Betriebsräte weigern, am Betriebsrätekongress teilzunehmen, andere geeignete in Arbeit stehende Kollegen gewählt werden.

Wo die Betriebsräte und damit die Mehrheit der Belegschaften, in deren Auftrag die Betriebsräte handeln, den kommunistischen Krummel nicht anmachen wollen, wird also irgendein Kollege aus der Belegschaft, der Kommunist ist, entsandt und der Welt vorgeführt, daß hinter diesem Delegierten die Belegschaft dieses oder jenes Betriebes mit laudis vielen Beschäftigten steht.

Punkt 4 der Richtlinien lautet folgendermaßen:

Wahlmodus: Belegschaften großer Betriebe mit 2000 bis 5000 Beschäftigten wählen aus ihrer Mitte einen Delegierten. Für jede angefangene und weiteren 5000 Beschäftigten einen weiteren Delegierten.

Danach dürfte schätzungsweise, wenn die Methode, die in Punkt 2 niedergelegt ist, durchgeführt wird, der Kongress aus 6000 bis 8000 Personen bestehen und eine Veranstaltung werden, die ungefähr dem „Turmbau zu Babel“ entspricht, wo jeder in einer „anderen Zunge redet“. Hingzu kommen noch die Delegierten der Arbeitslosen, der Mietervereinigungen, der Arbeitslosenverbände, der Kriegswaldben, der Jugendlichen und ungezählter anderer Körperchaften.

Somit ist bestimmt und sollte auch von den Betriebsräten endlich beachtet werden, die immer noch aus gefühlsmäßigen Gründen glauben, den Kommunisten nachlaufen zu müssen. Um einen Betriebsrätekongress handelt es sich bei der kommunistischen Veranstaltung nicht mehr, sondern nur noch um eine Versammlung von Unzufriedenem aller Art.

Der Anfang Oktober dieses Jahres abgehaltene Kongress der Unionisten hat bereits ergeben, daß die früher von den Kommunisten behauptete Gegnerschaft zu den Unionisten, deren Organisationen man in die freien Gewerkschaften überführen wollte, jetzt nicht mehr besteht. Es ist vielmehr eine Kampfgemeinschaft zwischen Kommunisten und Unionisten geschlossen worden, so daß also die Unionisten das Gerippe der nunmehr zu schaffenden kommunistischen Gewerkschaften darstellen. Deshalb reißt sich wüthend der unwahrscheinlichen Politik der kommunistischen Partei die Revoluzion zur Gewerkschaftsfrage an, die in der Sitzung des Zentralauschusses der KPD, am 15. und 16. Oktober 1922 einstimmig gefaßt worden ist und welche, in der üblichen parajuristischen Weise gehalten, im Abschnitt V folgendermaßen lautet:

Für die kommunistischen Gewerkschaften ergibt sich aus diesen Feststellungen:

1. Die Wichtigkeit der bisherigen Gewerkschaftsstruktur der kommunistischen — und roten Gewerkschafts — Internationalen und die Notwendigkeit ihrer nachdrücklichen Fortsetzung, weil sie erfolgreich ist;
2. die Steigerung der ausführenden Arbeit in den Gewerkschaften und ihre noch planmäßigere und intensivere Durchführung im Sinne des Jenaer Parteitagbeschlusses als bisher;
3. die Zurückweisung aller Stimmungen, die aus Berührung über die geschiedenen Methoden der Amsterdamer oder aus revolutionärer Ungeduld wegen zu langsamer Fortschreitens unserer Arbeit mit den Gewerkschaften kochen und neue Organisationen gründen wollen.

Hiernach haben also die Kommunisten in den letzten Monaten für die Stärkung der Einheit der Gewerkschaften folgendes getan:

1. die Kampfgemeinschaft mit den Unionisten geschlossen;
2. den Beschluß gefaßt, unter der Bezeichnung „Betriebsrätekongress“ eine Konferenz aller möglichen Körperchaften oder

Es ist gestellt worden, ergaben sie sich in den größten Beschäftigungen...
In der Oberen Glühbirnen in Soledad arbeiten nur Unkonstru-

müßigt fähig, die Deutschnationalität, die in den schicksalhaften
Kreisen eines Staates herrscht, auch auf der Arbeitsszenen

Welt zurückzuführen. Ihr Ziel war vielmehr, die gesamte Gewerkschafts-

Der Erfolg stand allerdings ebenfalls im ungewissen Bewußtsein zum
Ausdruck der Kräfte. Um doch noch zu einem Maßstab zu kommen, wurde

Es blieb nicht bei diesen Zusammenkünften, die die Errichtung einer kom-

Die australischen Gewerkschaften...

Seit 1920 hat sich die Mitgliederzahl um 18 459, d. h. um
2,7 Prozent erhöht. Den größten Prozentsatz an gewerkschaftlich organ-

Die australischen Gewerkschaften...

Nach einem am 23. August erschienenen Bericht des offiziellen
britischen Bundesamtes ist zu entnehmen, daß sich die ILO der gewerks-

Von der internationalen Arbeits-

An 18. Oktober ist die vierte Internationale Arbeitskonferenz
in Genf zusammengetreten, und ihre Beratungen werden bis in die

Das große Problem, dem die Konferenz gegenüberstand,
war, Mittel und Wege zu zeigen, die geeignet wären, die

Internationale Arbeiterbewegung.

Die 'Einheitsfront'... wie die Kommunisten sie auffassen.
Der Vorstand der Arbeiter-Internationale trat am 12. Sep-

Ausland.

Arbeiterbildung in Japan.
Nach den Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes ist zu

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Die Rechte der Versicherten in den Betriebskrankenkassen.
Der 'Proletarier' berichtet vor längerer Zeit über die

Berichte aus den Zerkreisen.

Die Gewerkschaften. Unsere Zerkreisversammlung trat am 22. Ok-

Seelenklänge.

Das Futuristbild wird ein entsetzlich Schönes:
Hinter und Glend sagt die große Massen;
Ich höre Mütter wimmern voller Sorgen -

Der Jurocker.

Schwarzhaarige, lockige Schönheit,
Dich hat der Gefelle im Spätherbst gefehlt,
Und ich bin noch am Ende war,
Beschissen Ringeln am Tronator.

Berichte aus den Zerkreisen.

Die Gewerkschaften. Unsere Zerkreisversammlung trat am 22. Ok-



Einiges

den Kapitalismus erfolgreich aufnehmen. Während der Zeit des...

schon vernichtet worden. Das geschieht ab und zu auch jetzt noch...

Heiliger Stroßfuß! 700 000 unserer Mitglieder haben nach dieser...

Erhebung ungläublich war die Erhöhung der Preise im Monat...

Darf der Lehrenter dem Lehrling die Jugendschuld zur Gewerkschaft unerschlagen?

Die Lehrenter sind sich nicht einig, wie sie dem Lehrling die...

Seine Lehrenter bei den Hausangehörigen!

Zus dem Hausüberwachen der Hausangehörigen ist man sich...

Rechtschaffen

Das Wort ist oft, das Wort ist oft... Es gibt Menschen, die nach diesem Grundsatz handeln...

Dieses Heft: Klassenkampf, Klassenkampf, Klassenkampf... Das Heft...

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingelaufen: Gau 1: Bodenem, Bielefeld, Hüllen, Osnabrück, Gronau, Ucker...

Verbandsnachrichten

- Gau 1: Bodenem, Bielefeld, Hüllen, Osnabrück, Gronau, Ucker, Groß-Altörden, Bielefeld...

Vom 27. Oktober an gingen folgende Beiträge bei der Hauptkassa ein:

- Gau 1: Demm 60 486,45, Wesslingen 11 464,40, Burgdorf 16 700,06...

Zahlstelle Harburg

Die entgeltliche Stelle des Agitationsleiters ist besetzt...

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Gewerbliche Gefahren in der chemischen Industrie.

Chlor und Chlorverbindungen wirken stark schädigend auf den menschlichen Körper, wenn sie in Gasform eingeatmet werden oder mit der Haut in Berührung kommen.

Aus demselben Bezirk wird berichtet, daß ein Arbeiter auf dem Abort einer chemischen Fabrik eine Chlorvergiftung erlitt. Die Abortabgänge gelangen in den ganzen Bezirk unmittelbar in die Fabrikanlagen.

Aus Baden wird 1912 berichtet, daß die in den letzten Jahren vollständig verschwundene Chloratme in einigen Fällen vorgekommen sei und daß das Oberverwaltungsamt in Mannheim auf Grund eines Gutachtens im Jahre 1913 entschieden habe, daß Chloratme unter dem Begriff 'Unfallkrankheit' fallen könne.

Aus der Geschichte der Salz-Industrie.

Die Anfänge der Salzindustrie liegen bis weit in das Altertum zurück. Ihr Ursprung in Deutschland erscheint sich hauptsächlich auf das Gebiet von Steinhalt bis Halle zurückführen lassen.

Nach der 'Chronik von Sulzbach' betanden sich die ersten Salz-friedenen hinter dem Dorfe Alt-Sulzbach, ungefähr an der Stelle wo sich heute die chemische Fabrik von vorm. Forster & Schindler (Salze) befindet.

Während der Zeit des 30jährigen Krieges (1618-1648) hat auch die Sulzbacher Salzindustrie schwer zu leiden gehabt. Bei der Unsicherheit der Wege konnten die Salzwerke längere Zeiten nicht unterhalten werden.

Mit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts war wieder ein empfindlicher Aufschwung in der Salzindustrie zu verzeichnen, so daß der Bedarf kaum gedeckt werden konnte.

Freien liegende Arbeiterleitung möglich wurde und die Soße in den Arbeitsraum zogen.

Chrom ist eine der gefährlichsten und schmerzhaftesten Produkte der chemischen Industrie, was jedoch von den Unternehmern und zum Teil auch von den Fabrikanten bestritten wird.

Aus dem Bezirk Wiesbaden wird berichtet, daß drei spezifische Chromerkrankungen vorgekommen sind, wo die Arbeiter mit Chromalloyen in Berührung kamen.

Aus Nürnberg wird ein Todesfall gemeldet, der durch eine Explosion beim Mischen von Aluminiumbronze mit Chromgelb und Chromrot erfolgte.

Aus dem Bezirk Pfalz-Nord wird gemeldet, daß bei den Chromarbeiten trotz sorgfältiger Beachtung der einschlägigen Vorschriften im Jahre 1911 wieder Nasengeschwüre auftraten.

Sie 1920 wird berichtet, daß die Untersuchung der Chromlaugearbeiter durch den Fabrikarzt 27 Fälle von Perforation der Nasenschleimhaut, 14 Fälle von Arthropatien (Rheumatisches?) und 12 Fälle von Hautgeschwüren ergab.

Daß nicht mehr Fälle von Chromerkrankungen bekannt werden, ist dadurch zu erklären, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten bisher fast durchweg Techniker, aber keine Mediziner waren.

Manchmal wählen die Berichte oder doch einen Einbildung. So ist aus Pfalz-Nord für 1920 berichtet, daß zwei Vergiftungsfälle durch Einatmen von Benzoldehyd vorgekommen sind.

Das größte Salzwerk der Welt befindet sich in der Provinz Sichuan in China. Die Salzsäure in diesem Salzwerk ist von so hoher Reinheit, daß sie für alle industriellen Zwecke verwendet werden kann.

Aus der Geschichte der Salz-Industrie.

Die Anfänge der Salzindustrie liegen bis weit in das Altertum zurück. Ihr Ursprung in Deutschland erscheint sich hauptsächlich auf das Gebiet von Steinhalt bis Halle zurückführen lassen.

Nach der 'Chronik von Sulzbach' betanden sich die ersten Salz-friedenen hinter dem Dorfe Alt-Sulzbach, ungefähr an der Stelle wo sich heute die chemische Fabrik von vorm. Forster & Schindler (Salze) befindet.

Während der Zeit des 30jährigen Krieges (1618-1648) hat auch die Sulzbacher Salzindustrie schwer zu leiden gehabt. Bei der Unsicherheit der Wege konnten die Salzwerke längere Zeiten nicht unterhalten werden.

Mit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts war wieder ein empfindlicher Aufschwung in der Salzindustrie zu verzeichnen, so daß der Bedarf kaum gedeckt werden konnte.

Ueber die Schädigungen durch Cyan (Blausäure) wird auch wenig bekannt, trotzdem Cyan ein gefährliches Gift ist und in bestimmter Verbindung sehr leicht Cyanwasserstoff bildet, der tödlich wirkt.

Ein tödlicher Unfall durch Blausäure ereignete sich bei der zur Vermeidung von Ungeheueren vorgenommenen Durchgasung eines Wohngebäudes für Kriegsgefangene.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten berichten über eine leichte Cyanwasserstoffvergiftung in einer Gasfabrik aus dem Bezirk Danzig, eine Schädigung eines Arbeiters im Bezirk Berlin am sogenannten Stahlbad.

Zum Schluß dieser Zusammenfassung soll das Blei bei handelt werden. Ein unentschiedener Streit loht gegenwärtig über die Schädigung der Arbeiter durch Blei und Bleiverbindungen.

Die geologische Wissenschaft hat inzwischen festgestellt, daß das Vorhandensein von Salzlagern nicht auf die Gegenwart von Salzflüssigkeit bedingt ist, sondern daß vermutlich feststehende Salzflüssigkeit in geringe Mittelaltersaltlager mit der unwiederbringlichen Einwirkung zu finden sein könnten.

Anlaßlich der Tagung der internationalen Arbeitskonferenz 1921 in Genf haben sich die Unternehmer einen starken Bundesgenossen gesucht und gefunden, indem sie sich von Arbeiterräten

Die geologische Wissenschaft hat inzwischen festgestellt, daß das Vorhandensein von Salzlagern nicht auf die Gegenwart von Salzflüssigkeit bedingt ist, sondern daß vermutlich feststehende Salzflüssigkeit in geringe Mittelaltersaltlager mit der unwiederbringlichen Einwirkung zu finden sein könnten.

Die geologische Wissenschaft hat inzwischen festgestellt, daß das Vorhandensein von Salzlagern nicht auf die Gegenwart von Salzflüssigkeit bedingt ist, sondern daß vermutlich feststehende Salzflüssigkeit in geringe Mittelaltersaltlager mit der unwiederbringlichen Einwirkung zu finden sein könnten.

Die geologische Wissenschaft hat inzwischen festgestellt, daß das Vorhandensein von Salzlagern nicht auf die Gegenwart von Salzflüssigkeit bedingt ist, sondern daß vermutlich feststehende Salzflüssigkeit in geringe Mittelaltersaltlager mit der unwiederbringlichen Einwirkung zu finden sein könnten.

Die geologische Wissenschaft hat inzwischen festgestellt, daß das Vorhandensein von Salzlagern nicht auf die Gegenwart von Salzflüssigkeit bedingt ist, sondern daß vermutlich feststehende Salzflüssigkeit in geringe Mittelaltersaltlager mit der unwiederbringlichen Einwirkung zu finden sein könnten.

Die geologische Wissenschaft hat inzwischen festgestellt, daß das Vorhandensein von Salzlagern nicht auf die Gegenwart von Salzflüssigkeit bedingt ist, sondern daß vermutlich feststehende Salzflüssigkeit in geringe Mittelaltersaltlager mit der unwiederbringlichen Einwirkung zu finden sein könnten.

In den Bleifarbenfabriken Gutachten über die Ungefährlichkeit ihrer Betriebe erlassen resp. unterschreiben lassen. Diese Gutachten sind mit anderen in einer Druckschrift des Vereins deutscher Bleifarbenfabrikanten, v. D. Köln, vereinigt und lagen der internationalen Arbeitskonferenz vor. Ohne auf die Einwirkung dieser Gutachten an dieser Stelle näher einzugehen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Gutachten fabelhaft unvollständig, schiefgelesen und selbst fast alles enthalten, daß sie weder von Wissenschaftlern noch Fachleuten ernst genommen werden können.

Überdies wir man mehr ein Bild über die Schädigungen der Arbeiter durch Blei aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zu gewinnen.

Aus dem Bezirk Düsseldorf wird für 1911 berichtet, daß die Kontrolle in den Bleibetrieben insofern Schwierigkeiten bereite, als der Fabrikarzt, die behandelnden Ärzte und der beantragte Arzt häufig in der Frage, ob es sich um Bleivergiftung handelt, nicht einer Meinung sind. Solche zweifelhafte Fälle kamen in einem Betriebe im Berichtsjahre allein 22 mal vor. Ähnliche Schenkungen durch Blei überhaupt hervorgerufen wurden, wird leider nicht berichtet.

Aus Barmen wird berichtet, daß in einer Bleifarbenfabrik acht Fälle von Bleistoff bei 58 in den Bleibetrieben beschäftigten Arbeitern zu verzeichnen waren. Von den Erkrankten nahm nach der Genesung keiner die Arbeit in diesem Betrieb wieder auf.

In Hesse wurden in zwei Bleibetrieben an einem Stichtag 37 Arbeiter beschäftigt. Insgesamt sind aber in dem Jahre 1911 509 Arbeiter in den beiden Betrieben beschäftigt gewesen. Nach den Krankenbüchern beider Fabriken haben die Fabrikärzte bei zweimaliger monatlicher Untersuchung der Arbeiter keine Bleierkrankungen feststellen können. Dagegen hat das Stadtkrankenhaus Offenberg auf Befragen 59 Bleierkrankungen aus beiden Fabriken mitgeteilt. In einer anderen Bleifarbenfabrik wurden 47 Arbeiter als bleibend befunden.

In Sachsen-Weimar wurden in einer Bleibetrieb mit 50 Arbeitern vier Bleierkrankungen festgestellt. Ebenso wurden in Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen sieben Bleierkrankungen bekannt.

Für 1912 wird aus den Bezirken Berlin und Hildesheim berichtet, daß die Bleierkrankungen in den Bleibetrieben zurückgegangen sind, ohne daß eine feststehende Zahl genannt wird. Dagegen erfahren wir aus dem Bezirk Stade, daß in einer Farbenfabrik mit 16 Arbeitern vier mit Bleistoffen beschäftigt wurden und von diesen vier bei einer Revision zwei als bleibend und einer als bleibendberühmigt befunden wurden. Im Bezirk Osnabrück wurden drei Bleierkrankungen in einer Farbenfabrik bekannt. Im Bezirk Köln wird die statistische Tabelle für zwei Bleibetriebe, von einer Farbenfabrik bei 66 Arbeitern, aber 720 wöchentlich im Jahre beschäftigten Arbeitern 141 Erkrankungen auf, wovon im Juli gesagt wird, daß für die hohe Zahl die angegebenen Bleierkrankungen und die Magen- und Darm-erkrankungen der beiden Bleibetriebe ausschlaggebend sind. In der Statistik sind 63 Fälle von Bleistoff und Bleivergiftung mit 1591 Krankheitsstagen und 57 Fälle von Magen- und Darm-erkrankungen mit 676 Krankheitsstagen angeführt. Für den Bezirk Köln sind nach den Berichten der Krankenkassen 156 Bleierkrankungen in den Bleibetrieben zu verzeichnen gewesen, und außerdem 226 Fälle von Magen- und Darm-erkrankungen. Wie viele von den letzteren auf Bleivergiftungen zurückzuführen sind, geht aus der Aufstellung nicht hervor. Aus Hagen erfahren wir, daß in drei Bleibetrieben mit 126 Arbeitern 7 Fälle von Bleistoff mit 13 Fälle von Magen- und Darm-erkrankungen vorgekommen sind. Im Bezirk Bielefeld sind 13 Fälle in es festgestellt, ob die Erkrankungen auf Bleivergiftung zurückzuführen sind. In Schwaben wurde bei zwei verschiedenen Bleibetrieben Bleistoff festgestellt. In Dresden wurde ein Arbeiter an Bleivergiftung, im Januar 20.

Wie mangelhaft die Versicherungslage ist, läßt sich daraus ersehen, daß für Joidau im Jahre 1912 die Zahl der gesamten Bleierkrankungen mit 24 angegeben ist, die gegen das Vorjahr um 15 zurückblieb, im Vorjahr aber Angaben nicht gemacht sind. Aus Mittelsberg werden wieder 13 Bleierkrankungen gemeldet. In Hesse waren nach den Aufzeichnungen der Fabrikärzte wieder keine Bleierkrankungen eingetreten, während das Stadtkrankenhaus wieder 46 aus den beiden Betrieben meldete. Sachsen-Meinungen meldet 10 und Gotha 6 Bleierkrankungsfälle.

1913 wurden aus Unterfranken 5, aus Barmen 8 Bleierkrankungen gemeldet. In Hesse passierten nach wie vor Geldern und Wunden. In 3 Bleibetrieben wurden insgesamt 48 Arbeiter beschäftigt. In zwei dieser Betriebe wurden die Arbeiter monatlich zweimal vom Fabrikarzt untersucht, wobei Bleierkrankungen nicht festgestellt wurden. Die Ortskrankenkasse Offenbach meldete aber wieder 115 Bleierkrankungen mit 3086 Krankheitsstagen von Arbeitern, welche vor ihrer Erkrankung in den drei Bleibetrieben tätig waren. Die Firmen hatten bei einem regulären Arbeiterstand von 46 im Jahre 657 Arbeiter beschäftigt. In einer Farbenfabrik erkrankte ein Arbeiter an Bleivergiftung, die Sprachstörungen mit mäßigenden Hämoglobin mit einem blutigen Hitz zu verzeichnen hatte. Aus Sachsen-Meinungen werden 12 Bleivergiftungen gemeldet, die sich in Farbenfabriken ereigneten, während aus Gotha 4 und aus Anhalt 8 gemeldet wurden. Dabei ist zu beachten, daß von Gotha nur 4 Erkrankungen an Bleistoff, aber insgesamt 47 Krankheitsfälle aus einer Bleibetrieb mit 30 Arbeitern angeführt sind ohne Angabe, ob die Krankheitsfälle auf Bleivergiftung zurückzuführen sind. Auch aus dem Schwarzburgischen sind wieder 6 Bleivergiftungen bekannt geworden.

Im Jahre 1919 sind in den Bleibetrieben und Bleifarbenfabriken im Bezirk Köln 11 und 1920 1- Fälle von Bleistoff und 21 resp. 24 Fälle von Magen- und Darm-erkrankungen bekannt geworden. Aus Hildesheim wird ein Fall von Bleivergiftung gemeldet.

Aus Hildesheim erfahren wir, daß im Jahre 1920 in einem Teilbetrieb einer chemischen Fabrik, in welchem lose und homogene Bleierkrankungen für den eigenen Bedarf vorgenommen werden, 2 Bleistoff- und 37 kleinere Bleierkrankungsfälle, und in einem anderen kleinen Betrieb 2 leichte Fälle vorgekommen sind. In Barmen ist eine Bleivergiftung fest festgestellt worden.

Die Angaben über Bleierkrankungen sind noch dürftiger als über andere Berufskrankheiten. Das wird verständlich, wenn man die Gewerbeinspektionsberichte genau verfolgt und dabei auf Angaben achtet, in denen es z. B. heißt, daß sich die Fabrikanten für beschäftigt halten, die Bleivergiftungen zu bekämpfen, weil die behandelnden Ärzte nicht über genügende Kenntnisse verfügen, um Bleierkrankungen richtig zu erkennen und aus diesem Grunde alle inneren Erkrankungen auf Einwirkung von Blei zurückzuführen, wenn der betreffende erkrankte Arbeiter bei seiner Arbeit mit Blei in Verbindung kommt, und wenn der Hildesheimer Bedanke berichtet, daß Bleivergiftungen von den Gewerbetreibern nicht beachtet worden sind und auch die Krankenkassen über solche nicht berichtet haben. Die letztere Ausführungen können nur richtig bewertet werden, wenn beachtet wird, daß nur ein Beispiel der Betriebe jährlich vorkommt und die dabei erfolgten Feststellungen über Gesundheitsgefährdungen der Arbeiter entweder durch Angaben der Fabrikanten oder durch die Krankenkassen der Betriebskrankenkassen gemacht werden. Beide Quellen liefern häufig. Das von Ortskrankenkassen und Krankenkassen gemessene Material kann immer nur als Rohmaterial dienen.

Wenn das im vorliegenden zusammengebrachte Material in seiner Fassung den Leser ermüdet und dem Kritiker Veranlassung geben sollte, daraus zu schließen, daß jeder bekannt gewordene Fall gemessen ist registriert worden ist, um ein möglichst abschließendes Bild zu erzeugen, so muß dem entgegengestellt werden, daß die Erfassung der gesamten Unfälle und Berufskrankheiten auf Grund des besprochenen Materials unmöglich ist und entgegenzusetzen Material nicht zur Verfügung steht. Die Berichte der Berufsgenossenschaften liefern zwar die einzelnen Unfälle vollständig an. Die Berufsgenossenschaft prüft aber nicht einwandfrei die gesamte chemische Industrie, so daß aus diesem Grunde schon nicht alle Unfälle erfasst werden können. Für unsere Betrachtung kommen aber nur typische Unfälle der chemischen Industrie in Betracht. Diese sind aus den tatsächlichen Angaben der Berichte zu ersehen, wofür aber nur einen kleinen Teil des in Frage kommenden Gesamtmaterials, weil es den Ermessen der technischen Aufsichtsbeamten überlassen bleibt, die ihnen wichtig erscheinenden Fälle zu berichten. Aus der beschränkten Raum — vielleicht auch das Interesse der Leser — gestattet ihnen keine eingehende Darstellung aller wesentlichen Unfälle.

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sind ebenfalls zu betrachten. Wie schon erwähnt, wird nur ein Teil der verantwortlichen Betriebe wirklich untersucht, und im allgemeinen unterliegen nur die unbedeutendsten Betriebe der Untersuchung, wenn nicht unzufällige Vorgänge oder Angaben der Krankenkassen eine Untersuchung nichtbedeutender Betriebe notwendig machen. Es ist somit, daß eine Stelle für vollständige Erfassung der Berufskrankheiten nicht vorhanden ist und die Berichte der Betriebskrankenkassen kein einwandfreies Material anzubieten können, solange der übertragende Gehalt der Unternehmer auf diese Klassen beschränkt ist. Da aber auch die Krankenkassen zur Berichterstattung an die Gewerbeaufsicht verpflichtet sind, hängt es immer mehr oder weniger vom Zufall ab, ob und welche Berufskrankungen zur Kenntnis kommen und der Berichterstattung für wertig erachtet werden. Ergibt sich aus allen diesen Gründen genügend, daß unsere Zusammenfassung nur als Stichprobe aus dem Gesamtmaterial betrachtet werden kann, so kann nicht gesagt werden, daß für die Erfassung der Berufskrankheiten jetzt vollständig Sorge ist und das Material vollständig mit Ausnahme der Sperrfälle nicht erfaßt als Stichprobe für ein Jahrtausend. Man kann nicht mehr über das oben angeführte Material hinaus gehen, um mehr über das letzte Jahrzehnt gewinnen zu können, was die verschiedenen Betriebskrankenkassen verzeichnen. Für die verschiedenen Betriebskrankenkassen in der chemischen Industrie der Zeit ist kein Material zum Vorkommen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, kann nicht berichtet werden, daß das vorliegende Material kein abschließendes Bild über gesamte Gefahren in der chemischen Industrie gibt, dieses betrachtet nur einen Teil. Der ausstehende Teil wird aber kein Aufschluß bringen können.

Die Betriebsärzte der chemischen Industrie werden an Hand des Materials weitere Schädigungen der Arbeiter finden und die deren Verhütung Sorge tragen müssen. Sie müssen von ihrem gesetzlichen Recht, die Überwachung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen Vorschriften, in vollem Umfang Gebrauch machen und die Brauchbarkeit der Schutzvorrichtungen und Arbeitsgegenstände stets überwachen. Was wären z. B. Sammelstoffapparate, wenn sie im Augenblick der Gefahr versagen.

Serner müssen sie auf eine Zusammenarbeit mit den Betriebsärzten drängen, um gegebenenfalls den Umfang der Gefahren im Betriebe beurteilen und eine Aenderung der Arbeitsweise und eventuell der Apparatur herbeizuführen; wenn sich an dem betreffenden Arbeitsplatz Unzulänglichkeiten herausgestellt haben. Der Schutz der Arbeiter gegen Vergiftungsgefahren und Berufskrankheiten in der chemischen Industrie ist so wichtig, daß alle übrigen Aufgaben der Betriebsärzte dagegen zurücktreten müssen.

Die Unternehmer dürfen sich angesichts des erdrückenden Materials endlich in letzter Stunde auch der großen moralischen Verantwortung gegenüber der Arbeiterschaft bewußt werden und unter Hintansetzung ihres Profitinteresses Leben und Gesundheit der Arbeiter den nötigen Schutz angeheihen lassen. Dann ergibt sich von selbst, daß die Akkord- und Prämienarbeit überall dort ausgeschlossen werden muß, wo Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet sind, also in den Betrieben, wo mit gefährlichen Stoffen hantiert wird und chemische Reaktionen unter hohem Druck vor sich gehen.

Von der Regierung muß erwartet werden, daß sie Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter in der chemischen Industrie ergreift, denn einmal ist die Frage des ausreichenden Arbeiterschutzes keine einseitige Angelegenheit der Arbeiterschaft, sondern des ganzen Volkes, und ferner hat die Regierung für den Schutz der Arbeiter ebenso inkraftig einzugreifen wie für die Erhaltung und Förderung der Industrie und damit für die Sicherung des Profits der Industriellen. Ohne gesunde Arbeiterschaft keine prosperierende Industrie!

Diese Schrift dürfte auch das Parlament beeinflussen, vorstehenden Fragen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die Regierung vorwärts zu treiben.

Ein Fehlspruch des Reichsversicherungsamts, Abteilung Unfall.

In Neubrandenburg befindet sich eine chemische Fabrik von Maier u. Dr. Sany. Vorher war in diesen Fabriken eine Betriebskrankenkasse untergebracht. Als diese eingezogen wurde die Fabrik von Maier u. Dr. Sany übernahm. Diese Fabrik war der chemischen Berufsgenossenschaft IIIb in Potsdam bei und sich an ihrer Fabrik ein großes Betriebskrankenkassenamt untergebracht. Chemische Fabrik von Maier u. Dr. Sany. In Berlin in der Luisenstraße haben diese Herren der Betriebskrankenkasse ein dort sehr schön und schön. Chemische Fabrik von Maier u. Dr. Sany. Die Betriebskrankenkasse der Firma Maier u. Dr. Sany.

Die Firma war noch nicht lange Mitglied der chemischen Berufsgenossenschaft IIIb, als sie aus der Liste ausgeschieden, um von der Berufsgenossenschaft IIIb übernommen zu werden. Die Firma betrieb die chemische Berufsgenossenschaft IIIb, bevor sie in den Betrieb über die Maier u. Dr. Sany. Die Betriebskrankenkasse der Firma Maier u. Dr. Sany.

Was waren nun die wahren Gründe, um von der chemischen Berufsgenossenschaft IIIb ausgeschieden zu werden? Als die Firma Maier u. Dr. Sany übernahm, wurde die chemische Berufsgenossenschaft IIIb, bevor sie in den Betrieb über die Maier u. Dr. Sany. Die Betriebskrankenkasse der Firma Maier u. Dr. Sany.

Der Betrieb von Maier u. Dr. Sany ist nach wie vor ein chemischer Industrie als geeignet zu betrachten, da sich in keiner Weise die Produktion im Betriebe geändert hat. Wenn die Firma trotzdem das Betriebskrankenkassenamt, von der chemischen Berufsgenossenschaft IIIb übernommen, so ist der Grund in dem angeblich hohen Gehalt der Firma nach dem Betriebskrankenkassenamt der chemischen Industrie IIIb zu suchen. Die Firma war, als sie den Betrieb übernahm, bei der Betriebskrankenkasse IIIb, da der Betrieb ebenfalls Betriebskrankenkassenamt hatte und damals die deutschen Wägerei.

Wenn man die Sache in Ordnung bringt, nämlich, wie ein Bild aus dem Himmel, um von den Firmenmitgliedern die Mitteilung an die Berufsgenossenschaft IIIb, von der chemischen Berufsgenossenschaft IIIb, bevor sie in den Betrieb über die Maier u. Dr. Sany. Die Betriebskrankenkasse der Firma Maier u. Dr. Sany.

Die chemische Berufsgenossenschaft IIIb legt gegen das Urteil des Betriebskrankenkassenamtes Berufung beim Reichsversicherungsamt ein. Dies sollte am 6. Oktober 1922 unter dem Vorsitz eines Herrn von Dudenow folgenden Spruch:

Beschluß

In der Sache gegen den Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie und der Berufsgenossenschaft der Polizei, Bremersee, und Betriebskrankenkasse hat das Reichsversicherungsamt, Abteilung für Unfallversicherung, beschlossen:

Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie gegen die Entscheidung des Betriebskrankenkassenamtes in Potsdam vom 26. Mai 1922, nach zurückgewiesen.

Berlin, den 5. Oktober 1922.

Hierzu wird es bei dem Urteil des Betriebskrankenkassenamtes in Potsdam. Eine lag die Arbeiterschaft geblieben, weil es das Reichsversicherungsamt, Abteilung für Unfallversicherung, ein solches Urteil zu bejahen.

Am 13. Oktober erläßt die Folge Fabrik von Maier u. Dr. Sany nachfolgende Bekanntmachung an ihre Betriebskrankenkasse:

Am 13. Oktober wird die Mitteilung der Entscheidung des Betriebskrankenkassenamtes in Potsdam unter Berücksichtigung der Berufsgenossenschaft IIIb, bevor sie in den Betrieb über die Maier u. Dr. Sany. Die Betriebskrankenkasse der Firma Maier u. Dr. Sany.

Der einzige Betriebskrankenkassenamt, dem wir nunmehr angehören, ist der Betriebskrankenkassenamt Neubrandenburg, und nach dessen Beschlüssen werden wir uns in Zukunft richten. Die neuen Beschlüsse treten sofort in Kraft.

Die Firma legt sich nach wie vor als chemische Fabrik. Maier u. Dr. Sany mag nun das Reichsversicherungsamt ihre Unterlegen geschehen haben, um diesen Betrieb der Betriebskrankenkasse IIIb, bevor sie in den Betrieb über die Maier u. Dr. Sany. Die Betriebskrankenkasse der Firma Maier u. Dr. Sany.

Die Firma stellt sich bei: Maier u. Dr. Sany, im Zustand von Potsdam. In der Entscheidung der Betriebskrankenkassenamt Potsdam, die die Arbeiterschaft geblieben, weil es das Reichsversicherungsamt, Abteilung für Unfallversicherung, ein solches Urteil zu bejahen. Die Firma stellt sich bei: Maier u. Dr. Sany, im Zustand von Potsdam.